

Regimewechsel im Westen?

<https://www.lrb.co.uk/the-paper/v47/n06/perry-anderson/regime-change-in-the-west>

Perry Anderson

[Teilen auf Bluesky](#) [Auf Facebook teilen](#) [E-Mail](#) [Drucken](#)

7771 Wörter

Ein Viertel des Jahrhunderts ist «Regimewechsel» zu einem kanonischen Begriff geworden. Er bezeichnet den Sturz – typischerweise, aber nicht ausschließlich durch die Vereinigten Staaten – von im Westen unbeliebten Regierungen weltweit, wobei zu diesem Zweck militärische Gewalt, Wirtschaftsblockaden, ideologische Erosion oder eine Kombination dieser Mittel eingesetzt wird. Ursprünglich bezeichnete der Begriff jedoch etwas ganz anderes, nämlich einen umfassenden Wandel im Westen selbst – nicht die plötzliche Transformation eines Nationalstaates durch äußere Gewalt, sondern die schrittweise Errichtung einer neuen internationalen Ordnung in Friedenszeiten. Pioniere dieser Konzeption waren die amerikanischen Theoretiker, die die Idee internationaler Regime als Vereinbarungen zur Gewährleistung kooperativer Wirtschaftsbeziehungen zwischen den großen Industriestaaten entwickelten, die die Form von Verträgen annehmen konnten, aber nicht mussten. Diese, so die Annahme, entwickelten sich aus der US -Führung nach dem Zweiten Weltkrieg, lösten diese aber durch die Bildung eines konsensbasierten Rahmens für gegenseitig zufriedenstellende Transaktionen zwischen führenden Ländern ab. Das Manifest dieser Idee erschien in *Power and Interdependence*, ein Werk, das von Joseph Nye und Robert Keohane, zwei Säulen des außenpolitischen Establishments der Zeit, gemeinsam verfasst wurde und dessen erste – vielfach herausgegebene – Ausgabe 1977 erschien. Obwohl es als ein System von Normen und Erwartungen präsentiert wird, das die Kontinuität zwischen den verschiedenen Administrationen in Washington sichern soll, indem es «mehr Disziplin» in die amerikanische Außenpolitik bringt, lässt Nyes und Keohanes Studie keinen Zweifel daran, dass sie sich für Washington auszahlt. «Regime liegen üblicherweise im amerikanischen Interesse, denn die Vereinigten Staaten sind die führende wirtschaftliche und politische Macht der Welt. Gäbe es nicht bereits viele Regime, würden die Vereinigten Staaten sicherlich welche erfinden wollen, so wie sie es getan haben.»¹⁾ Anfang der 80er Jahre erschienen zahlreiche Bücher dieser Art wie Pilze aus dem Boden: ein Symposium mit dem Titel *International Regimes*, herausgegeben von Stephen Krasner (1983); Keohanes eigene Abhandlung *After Hegemony* (1984); und eine Vielzahl wissenschaftlicher Artikel.

Im folgenden Jahrzehnt erfuhr diese beruhigende Doktrin eine Mutation, und zwar mit der Veröffentlichung des Bandes «*Regime Changes: Macroeconomic Policy and Financial Regulation in Europe from the 1930s to the 1990s*», herausgegeben von Douglas Forsyth und Ton Notermans – der eine Amerikaner, der andere Niederländer. Der Band behielt die Idee eines internationalen Regimes bei, verschärfte sie aber, indem er die vor dem Krieg vorherrschende Variante, die auf dem Goldstandard beruhte, spezifizierte; dann die in Bretton Woods geschaffene Ordnung, die ihr nach dem Krieg folgte; und schließlich den Untergang dieses Nachfolgers in den 1970er Jahren darlegte.²⁾ An die Stelle der in Bretton Woods geschaffenen Welt trat ein System von systemweiten Beschränkungen für alle Regierungen, ungeachtet ihrer Couleur. Es bestand aus makropolitischen Paketen geld- und finanzpolitischer Regulierung, die die Parameter möglicher Arbeitsmarkt-, Industrie- und Sozialpolitik festlegten. Während die Nachkriegsordnung vom Ziel der Vollbeschäftigung getrieben war, hatte in ihrer Folgezeit die Geldwertstabilität Priorität. Der klassische Wirtschaftsliberalismus endete mit der Großen Depression. Der Nachkriegskeynesianismus versiegte mit der Stagflation der 1970er Jahre. Das neue internationale Regime markierte die Herrschaft des Neoliberalismus.

Dies war die ursprüngliche Bedeutung der Formel «Regimewechsel», die heute fast vergessen ist, ausgelöscht durch die Welle militärischer Interventionen, die den Begriff um die Jahrhundertwende vereinnahmte. Ein Blick auf das Ngram-Format [Anm. «oder-anders.ch»: *Google-Ngram Resultate am Ende der Seite*] verrät es. Seit seiner Einführung in den 1970er Jahren stagnierte die Häufigkeit des Begriffs, ab Ende der 1990er Jahre stieg er sprunghaft, versechzigfachte sich und wurde, wie John Gillingham, ein Wirtschaftshistoriker, der seiner früheren Bedeutung treu ist, bemerkte, «zum aktuellen Euphemismus für den Sturz ausländischer Regierungen».

Doch seine ursprüngliche Bedeutung ist weiterhin relevant. Der Neoliberalismus ist nicht verschwunden. Seine Kennzeichen sind heute bekannt: Deregulierung der Finanz- und Produktmärkte, Privatisierung von Dienstleistungen und Industrien, Senkung der Unternehmens- und Vermögenssteuern, Schwächung oder gar Aushöhlung der Gewerkschaften. Ziel der neoliberalen Transformation, die in den USA und Großbritannien unter den Regierungen Carters und Callaghans begann und unter Thatchers und Reagans ihre volle Dynamik entfaltete, war die Wiederherstellung der Kapitalprofitraten – die seit den späten 1960er Jahren praktisch überall gefallen waren – und die Überwindung der Kombination aus Stagnation und Inflation, die nach deren Rückgang eingesetzt hatte.

Ein Vierteljahrhundert lang schienen die Heilmittel des Neoliberalismus zu wirken. Das Wachstum kehrte zurück, wenn auch deutlich langsamer als im Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Inflation wurde bewältigt. Rezessionen waren kurz und flach. Die Profitraten erholten sich. Ökonomen und Experten feierten den Triumph dessen, was der spätere Vorsitzende der US-Notenbank, Ben Bernanke, als «Große Mäßigung» bezeichnete. Der Erfolg des Neoliberalismus als internationales System beruhte jedoch nicht auf der Erholung der Investitionen auf das Niveau der Nachkriegszeit im Westen: Dies hätte eine Steigerung der wirtschaftlichen Nachfrage erfordert, die durch die systemimmanente Lohnrepression verhindert wurde. Er basierte vielmehr auf einer massiven Kreditausweitung – d.h. auf der Schaffung beispielloser privater, unternehmerischer und schließlich öffentlicher Schulden. In «*Zeit kaufen*», seinem bahnbrechenden Werk von 2014, beschreibt Wolfgang Streeck dies als Ansprüche auf zukünftige Ressourcen, die noch nicht produziert wurden; Marx nannte es unverblümter «fiktives Kapital». Schließlich brach die Schuldenpyramide, wie von mehreren Systemkritikern vorhergesagt, zusammen und verursachte den Crash von 2008.

Die darauf folgende Krise war, wie Bernanke zugab, «lebensbedrohlich» für den Kapitalismus. Ihr Ausmaß war durchaus vergleichbar mit dem Börsencrash von 1929. Im Laufe des darauffolgenden Jahres sanken Weltproduktion und Welthandel schneller als in den ersten zwölf Monaten der Großen Depression. Was folgte, war allerdings keine weitere Große Depression, sondern eine große Rezession – ein großer Unterschied. Um die politische Lage des Westens heute zu verstehen, muss man zunächst auf die Ereignisse der 1930er Jahre zurückblicken. Als im Oktober 1929 der Schwarze Montag die amerikanischen Aktienmärkte erschütterte, waren in den USA, Frankreich und Schweden konservative Regierungen an der Macht, während in Großbritannien und Deutschland sozialdemokratische Regierungen regierten. Alle blieben jedoch im Wesentlichen den wirtschaftspolitischen Grundsätzen ihrer Zeit treu: dem Bekenntnis zu solidem Geld – sprich: dem Goldstandard – und ausgeglichenen Haushalten – eine Politik, die die Depression nur verschärfte und verlängerte. Erst im Herbst 1932 und im Frühjahr 1933, also mit einer Verzögerung von mindestens drei Jahren, wurden unkonventionelle Programme zur Bekämpfung der Situation eingeführt, zunächst in Schweden, dann in Deutschland und schließlich in Amerika. Diese entsprachen drei völlig unterschiedlichen politischen Konstellationen: der Machtübernahme der Sozialdemokratie in Schweden, des Faschismus in Deutschland und eines modernen Liberalismus in den Vereinigten Staaten. Hinter jeder dieser Konstellationen verbargen sich bereits bestehende Heterodoxien, die den Herrschern zur Verfügung standen, wenn sie sie übernehmen wollten, wie es Per Albin Hansson in Schweden, Hitler in Deutschland und Roosevelt in Amerika taten: die Stockholmer Schule der Ökonomie, die von Knut Wicksell bis Ernst Wigforss in Schweden reichte, Hjalmar Schachts Aufwertung öffentlicher Bauvorhaben in Deutschland und die neoprogressiven Regulierungsneigungen von Raymond Moley, Rexford Tugwell und Adolf Berle – Roosevelts ursprünglicher «Brain Trust» – in den USA. Keines dieser Systeme war ein vollständig ausgearbeitetes oder schlüssiges System. Schacht in Deutschland und Keynes in Großbritannien standen seit den 1920er Jahren

in Kontakt, doch der Keynesianismus im eigentlichen Sinn – *die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* erschien erst 1936 – spielte bei diesen Experimenten keine direkte Rolle, obwohl alle eine verstärkte Rolle des Staates vorsahen. So verstreut waren die technischen Instrumente der damaligen Zeit.

Drei Jahre Massenarbeitslosigkeit hatten in beiden Ländern mächtige ideologische Kräfte hervorgebracht: einen weitaus mutigeren sozialdemokratischen Reformismus in Form des *Folkhemmet* (Volksheim) in Schweden; den Nationalsozialismus, der sich selbst als *die Bewegung* bezeichnete, in Deutschland; und in den Vereinigten Staaten die dynamische Rolle des amerikanischen Kommunismus in den Gewerkschaften und unter Intellektuellen, der einer demokratischen Regierung Arbeitsmarkt- und Sozialreformen aufzuzwang, die sie aus eigenem Antrieb kaum umgesetzt hätte. Schließlich zeichnete sich im Hintergrund aller drei Entwicklungen in der kapitalistischen Welt der beispiellose Erfolg der Sowjetunion ab, die Rezession vollständig zu vermeiden. Vollbeschäftigung und hohe Wachstumsraten verlieh der Idee der Wirtschaftsplanung in der gesamten kapitalistischen Welt Attraktivität. Dennoch bedurfte es eines weitaus größeren und tieferen Schocks als des Crashes an der Wall Street, um die globale Depression, zu der sie geführt hatte, zu beenden und den Bruch mit den Orthodoxien des klassischen Wirtschaftsliberalismus zu institutionalisieren. Es war der Abgrund des Zweiten Weltkriegs, der dies bewirkte. Als der Frieden wiederhergestellt war, zweifelte niemand mehr daran, dass ein anderes internationales System – eine Kombination aus Goldstandard, antizyklischer Geld- und Fiskalpolitik, hoher und stabiler Beschäftigung und staatlichen Sozialsystemen – etabliert war und dass Keynes' Ideen zu seiner Konsolidierung beigetragen hatten. Nach 25 Jahren des Erfolgs war es der endgültige Niedergang dieses Regimes in die Stagflation, der den Neoliberalismus entfesselte.

Das Szenario nach dem Crash von 2008 war ein völlig anderes. In den Vereinigten Staaten waren die politischen Rettungskräfte sofort zur Stelle. Unter Obama wurden betrügerische Banken und Versicherungsgesellschaften sowie bankrotte Automobilkonzerne mit riesigen Finanzspritzen öffentlicher Gelder gerettet, die nie für eine angemessene Gesundheitsversorgung, Schulen, Renten, Eisenbahnen, Straßen, Flughäfen oder gar Einkommensunterstützung für die Ärmsten zur Verfügung standen. Unter Missachtung der Haushaltsdisziplin wurde ein massives Konjunkturprogramm aufgelegt. Um den Aktienmarkt zu stützen, wurde, höflich umschrieben als «quantitative Lockerung», von der Zentralbank in großem Stil Geld freigesetzt. Unter Ausschluss des Kongresses und der Öffentlichkeit und entgegen ihrem Mandat rettete die Federal Reserve nicht nur insolvente amerikanische, sondern auch europäische Banken, während das Finanzministerium – in enger Zusammenarbeit mit der chinesischen Zentralbank hinter den Kulissen – dafür sorgte, dass die Chinesen beim Ankauf von Staatsanleihen nicht ins Stocken gerieten. Kurz gesagt: Als die zentralen Institutionen des Kapitals in Gefahr gerieten, wurde jedes neoliberale Konzept über Bord geworfen, und es wurden megakeynesianische Heilmittel eingesetzt, die Keynes' eigene Vorstellungskraft überstiegen. In Großbritannien, wo die Krise in Europa am schnellsten zuschlug, gingen diese sogar so weit, dass die USA, wie die Amerikaner es mit bürokratischen Euphemismen bezeichnen, vorübergehend «Problemanlagen» verstaatlichten.

Bedeutete all dies eine Abkehr vom Neoliberalismus und eine Hinwendung zu einem neuen internationalen Akkumulationsregime? Keineswegs. Der Kerngedanke der neoliberalen Ideologie, geprägt von Thatcher, lag seit jeher in dem feminin klingenden Akronym TINA: There Is No Alternative (Es gibt keine Alternative). So tabubrechend die Maßnahmen zur Krisenbewältigung nach neoklassischen Maßstäben auch aussahen und es größtenteils auch waren, im Grunde liefen sie auf eine mathematische Quadrierung oder Kubierung der zugrundeliegenden Dynamik der neoliberalen Epoche hinaus, nämlich der kontinuierlichen Kreditausweitung über jede Produktionssteigerung hinaus – die Franzosen nennen das eine *fuite en avant* – eine Flucht nach vorn. Nachdem also die durch die lebensbedrohliche Notlage erforderlichen Maßnahmen das System stabilisiert hatten, setzte sich die Logik des Neoliberalismus in einem Land nach dem anderen fort.

In Großbritannien, dem Vorreiter dieses Prozesses, wurden im Zuge einer gnadenlosen Sparpolitik die Ausgaben der Kommunen auf ein Minimum reduziert und die Universitätsrenten drastisch gekürzt. In Spanien

und Italien wurde das Arbeitsrecht überarbeitet, um fristlose Entlassungen zu erleichtern und prekäre Beschäftigungsverhältnisse auszuweiten. In den USA wurde an den drastischen Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche festgehalten, während die Deregulierung im Energie- und Finanzdienstleistungssektor beschleunigt wurde. In Frankreich, das im Wettlauf um den Neoliberalismus historisch gesehen ein Nachzügler war, nun aber um eine Position an der Spitze kämpft, wurde so etwas wie ein umfassendes Thatcher-Programm in Gang gesetzt: Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Gesetze zur Schwächung der Gewerkschaften, Steuergeschenke an Unternehmen, Ausdünnung des öffentlichen Dienstes, Kürzung der Renten, eingeschränkter Zugang zu Universitäten – alles scheint auf eine soziale Auseinandersetzung nach dem Vorbild von Thatchers Unterdrückung der Bergarbeiter zuzusteuern, einen Wendepunkt in den Klassenbeziehungen, von dem das britische Kapital nie erholt hat.

Wie war das alles möglich? Wie konnte auf einen derart traumatischen Systemschock wie die globale Finanzkrise und den unweigerlichen Verlust ihrer führenden Institutionen und Patentrezepte eine so vollständige Rückkehr zum «Business as usual» folgen? Zwei Bedingungen waren für diesen paradoxen Ausgang entscheidend. Erstens standen, anders als in den 1930er Jahren, keine alternativen theoretischen Paradigmen bereit, die die Dominanz der neoliberalen Doktrin hätten stürzen und ablösen können. Der Keynesianismus, der nach 1945 zum gemeinsamen Nenner dessen wurde, was die Dreschmaschine des Krieges aus den drei konkurrierenden Strömungen der 1930er Jahre herausgefiltert hatte, hatte sich nie von seinem Debakel in den Klassenkonflikten der 1970er Jahre erholt. Die Mathematisierung hatte weite Teile der Wirtschaftswissenschaften lange Zeit gegenüber jeglichem originellen Denken abgestumpft, wodurch Anomalien wie die Regulation School in Frankreich oder die Schule der Sozialstruktur der Akkumulation in den USA völlig marginalisiert worden waren. Die neoliberalen Theoreme der «rationalen Erwartungen» oder der «Markträumung» mögen heute töricht erscheinen, aber es gab kaum etwas, womit man sie hätte ersetzen können.

Hinter diesem intellektuellen Mangel – und dies war die zweite Voraussetzung für die scheinbare Schandlosigkeit des Neoliberalismus – verbarg sich das Verschwinden jeder bedeutenden politischen Bewegung, die energisch entweder die Abschaffung oder die radikale Transformation des Kapitalismus forderte. Um die Jahrhundertwende war der Sozialismus in seinen beiden historischen Varianten, der revolutionären wie der reformistischen, im atlantischen Raum von der Bildfläche verschwunden. Die revolutionäre Variante: allem Anschein nach mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in der UdSSR und dem Zerfall der Sowjetunion selbst. Die reformistische Variante: allem Anschein nach mit dem Erlöschen jeglicher Spur von Widerstand gegen die Imperative des Kapitals in den sozialdemokratischen Parteien des Westens, die nun bei der Umsetzung dieser Imperative lediglich mit konservativen, christdemokratischen oder liberalen Parteien konkurrierten. Die Kommunistische Internationale wurde bereits 1943 aufgelöst. Sechzig Jahre später zählte die sogenannte Sozialistische Internationale die Regierungspartei von Mubaraks brutaler Militärdiktatur in Ägypten zu ihren Reihen.

Nichts davon bedeutete oder konnte bedeuten, dass das neoliberale System, nachdem es ein Vierteljahrhundert lang regiert hatte und dann plötzlich in die Knie ging, ohne Widerstand dastand. Nach 2008 begannen die angehäuften sozialen und politischen Folgen zurückzukehren. Soziale Folgen: eine steile und in einigen Fällen (vor allem in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich) erschütternde Eskalation der Ungleichheit; langfristige Stagnation der Löhne; ein sich ausbreitendes Prekariat. Politische Folgen: umfassende Korruption, wachsende Austauschbarkeit der Parteien, Erosion der sinnvollen Wahlmöglichkeiten, sinkende Wahlbeteiligung – kurz: die zunehmende Verdunkelung des Volkswillens durch eine sich verhärtende Oligarchie. Dieses System erzeugte nun seinen Antikörper, der in allen angesehenen Meinungsorganen und respektablen politischen Kreisen als die Krankheit des Zeitalters beklagt wurde, nämlich den Populismus. Die sehr unterschiedlichen Revolten, die unter diesem Etikett zusammengefasst werden, eint die Ablehnung des seit den 1980er Jahren im Westen herrschenden internationalen Regimes. Was sie bekämpfen, ist nicht der Kapitalismus als solcher, sondern die aktuelle sozioökonomische Version davon: der Neoliberalismus. Ihr gemeinsamer Feind ist das politische Establishment, das der neoliberalen Ordnung vorsitzt und aus dem abwechselnden Duo von Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien besteht, die unter ihrer

Herrschaft die Regierung monopolisiert haben. Diese Parteien haben oft, wenn auch nicht immer, zwei leicht unterschiedliche Varianten des Neoliberalismus angeboten: Die eine ist disziplinar und in der Regel innovativer in ihren Initiativen, wie bei Thatcher und Reagan; die andere ist kompensatorisch und bietet den Armen Nebenzahlungen an, die die disziplinarische Variante zurückhält, wie bei Clinton oder Blair. Beide Versionen haben sich jedoch unerschütterlich dafür eingesetzt, das gemeinsame Ziel zu verfolgen, das Kapital gegen alle unerwünschten Erschütterungen zu stärken.

Der Neoliberalismus bildet, wie ich bereits sagte, ein internationales Regime, d. h. nicht nur ein System, das in jedem Nationalstaat reproduziert wird, sondern eines, das die verschiedenen Nationalstaaten der fortgeschrittenen und weniger fortgeschrittenen Regionen der kapitalistischen Welt in dem Prozess, der als Globalisierung bezeichnet wird, miteinander verbindet und über sie hinausgeht. Im Gegensatz zu den verschiedenen nationalen Agenden des Neoliberalismus wurde dieser Prozess ursprünglich nicht durch die politischen Absichten der Machthaber vorangetrieben, sondern ergab sich aus der explosiven Deregulierung der Finanzmärkte, die durch Thatchers so genannten Big Bang von 1986 ausgelöst wurde. Im Laufe der Zeit wurde die Globalisierung zu einem ideologischen Schlagwort der neoliberalen Regime in der ganzen Welt, da sie dem Kapital insgesamt zwei enorme Vorteile verschaffte. Politisch gesehen hat die Globalisierung die Enteignung des demokratischen Willens, die die oligarchische Abriegelung des Neoliberalismus im Inland durchsetzte, vollendet. Für den Moment bedeutete TINA nicht nur, dass die politische Absprache zwischen Mitte-Rechts und Mitte-Links auf nationaler Ebene jede sinnvolle Wahlmöglichkeit weitgehend ausschloss, sondern auch, dass die globalen Finanzmärkte keine Abweichung von der angebotenen Politik zulassen würden, da sonst der wirtschaftliche Zusammenbruch drohte. Das war der politische Bonus der Globalisierung. Nicht weniger wichtig war der wirtschaftliche Bonus: Das Kapital konnte nun die Arbeitnehmerschaft noch weiter schwächen, nicht nur durch Gewerkschaftsabbau, Lohndrückerei und Prekarität, sondern auch durch die Verlagerung der Produktion in weniger entwickelte Länder mit viel niedrigeren Arbeitskosten oder auch nur durch die bloße Drohung, dies zu tun.

Ein anderer Aspekt der Globalisierung hatte jedoch eine zweideutigere Wirkung. Die neoliberalen Grundsätze schreiben die Deregulierung der Märkte vor: den freien Verkehr aller Produktionsfaktoren - mit anderen Worten, die grenzüberschreitende Mobilität nicht nur von Waren, Dienstleistungen und Kapital, sondern auch von Arbeitskräften. Das bedeutet logischerweise auch Zuwanderung. Die Unternehmen in den meisten Ländern nutzen Wanderarbeiter seit langem als Reservearmee billiger Arbeitskräfte, wenn der Bedarf besteht und die Umstände es zulassen. Doch für die Staaten mussten die rein wirtschaftlichen Erwägungen gegen die eher sozialen und politischen abgewogen werden. Bezeichnenderweise hatte Friedrich von Hayek - der wichtigste Kopf des Neoliberalismus - hier schon früh einen Vorbehalt, eine Warnung angebracht. Die Einwanderung, so warnte er, könne nicht so behandelt werden, als sei sie lediglich eine Frage der Faktormärkte, denn wenn sie nicht streng kontrolliert werde, könne sie den kulturellen Zusammenhalt des Aufnahmestaates und die politische Stabilität der Gesellschaft selbst gefährden. Hier zog auch Thatcher die Grenze. Der Druck, billige ausländische Arbeitskräfte zu importieren oder zu akzeptieren, blieb natürlich bestehen, selbst als die Produktion zunehmend ins Ausland verlagert wurde, da viele von den Einheimischen gemiedene, niedere oder unangenehme Dienstleistungen im Gegensatz zu Fabriken nicht exportiert werden konnten, sondern vor Ort erbracht werden mussten. Wie bei praktisch allen anderen Aspekten der neoliberalen Ordnung konnte in dieser Frage nie ein stabiler Konsens des Establishments erreicht werden, was ein schwaches Glied in der Kette von TINA blieb.

Wenn wir uns die populistischen Revolten gegen den Neoliberalismus ansehen, dann teilen sie sich, wie jeder weiß, grob in Bewegungen der Rechten und der Linken auf. In dieser Hinsicht wiederholen sie das Muster der Aufstände gegen den klassischen Liberalismus nach seinem Debakel in der Rezession: faschistisch auf der Rechten, sozialdemokratisch oder kommunistisch auf der linken Seite. Was die heutigen Rebellionen auszeichnet, ist, dass sie keine vergleichbar artikulierten Ideologien oder Programme haben – alles, was der theoretischen oder praktischen Konsistenz des Neoliberalismus selbst entspricht. Sie definieren sich über das, wogegen sie sind, weit mehr als darüber, wofür sie sind. Wogegen protestieren sie? Das neoliberale System von heute wie gestern verkörpert drei Prinzipien: die Eskalation der Vermögens- und

Einkommensunterschiede; Abschaffung der demokratischen Kontrolle und Repräsentation; und Deregulierung so vieler wirtschaftlicher Transaktionen wie möglich. Kurz gesagt: Ungleichheit, Oligarchie und Faktormobilität. Dies sind die drei zentralen Ziele populistischer Aufstände. Wo solche Aufstände auseinandergehen, ist das Gewicht, das sie jedem Element beimessen – das heißt, gegen welches Segment der neoliberalen Palette sie am meisten feindselig sind. Notorisch ist es, dass sich die Bewegungen der Rechten an die letztere, an die Mobilität klammern, indem sie mit fremdenfeindlichen und rassistischen Reaktionen auf Einwanderer spielen, um breite Unterstützung unter den verwundbarsten Teilen der Bevölkerung zu gewinnen. Bewegungen der Linken wehren sich gegen diesen Schritt und zielen auf Ungleichheit als Hauptübel ab. Die Feindseligkeit gegenüber der etablierten politischen Oligarchie ist Populismus sowohl der Rechten als auch der Linken gemeinsam.

Historisch gesehen gibt es eine klare chronologische Trennung zwischen diesen verschiedenen Formen desselben Phänomens. Der zeitgenössische Populismus entstand zuerst in Europa, wo es immer noch die breiteste und vielfältigste Palette von Bewegungen gibt. Dort reichen populistische Kräfte der Rechten bis in die frühen 1970er Jahre zurück. In Skandinavien nahmen diese die Form der libertären Anti-Steuer-Revolutionen der Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen an, die 1972 bzw. 1973 gegründet wurden. In Frankreich wurde der Front National 1972 gegründet, erreichte aber Anfang der 1980er Jahre als nationalistische, einwanderungsfeindliche Partei der Rechten mit einer gewissen Anziehungskraft auf die Arbeiterklasse und starken rassistischen Untertönen nur mäßige Zugkraft bei den Wählern. Später im selben Jahrzehnt wurde die Führung der Freiheitlichen Partei in Österreich von Jörg Haider übernommen, der ein ähnliches Programm verfolgte, während weiter nördlich die Schwedendemokraten als Grüppchen der extremen Rechten auf der gleichen fremdenfeindlichen Grundlage auftraten. Bei der Entstehung aller drei Formationen gab es buchstäblich neofaschistische Elemente, die – sobald sie eine signifikante Präsenz bei den Wahlen erreichten – allmählich verblassten. In den 1990er Jahren kam es zum Ausbruch der Lega Nord in Italien, die im Gegensatz dazu antifaschistische Wurzeln hatte, zum Aufkommen von Ukip in Großbritannien und zur Umwandlung der einst libertären dänischen und norwegischen Parteien in einwanderungsfeindliche Kräfte. Zu Beginn des nächsten Jahrzehnts brachten die Niederlande ihre eigene Freiheitspartei hervor, die libertäre und islamophobe Ansichten miteinander verband. Zehn Jahre später wiederholte die Alternative für Deutschland das niederländische Muster in Deutschland. Alle diese Parteien der Rechten wetteten gegen die politische Korruption und die Schließung ihrer nationalen Einrichtungen und gegen das bürokratische Diktat der Europäischen Union aus Brüssel. Alle, mit der einzigen Ausnahme der AfD (gegründet 2013), stammen aus der Zeit vor dem Crash von 2008.

Die populistischen Kräfte der Linken sind viel jünger und erst seit der globalen Finanzkrise von 2008 entstanden. In Italien stammt die Fünf-Sterne-Bewegung aus dem Jahr 2009. In Griechenland wurde Syriza, die nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers in New York noch eine winzige Gruppierung war, 2012 zu einer bedeutenden Kraft bei den Wahlen. In Spanien wurde Podemos im Jahr 2014 gegründet. Jean-Luc Mélenchon gründete La France Insoumise im Jahr 2016. Das Timing dieser Welle macht deutlich, dass es die sozioökonomischen Ungleichheiten des Neoliberalismus sind, nicht seine Schwächung ethno-nationaler Grenzen, die den Linkspopulismus ins Leben gerufen haben. Dies ist eine grundlegende Unterscheidung zwischen den beiden Arten der Revolte gegen die gegenwärtige Ordnung. Es handelt sich jedoch nicht um eine unüberbrückbare Kluft, da es nicht nur eine allgemeine Überschneidung in der gemeinsamen Abscheu vor der Absprache und Korruption des politischen Establishments in jedem Land gibt, sondern in einigen Fällen auch eine Gemeinsamkeit bei der gemeinsamen Verteidigung bedrohter Sozialsysteme und in anderen Fällen bei der Besorgnis über den Druck der Einwanderung. Unter Marine Le Pen stand der Front National in den meisten innen- und außenpolitischen Fragen mit Ausnahme der Einwanderung konsequent links von der Sozialistischen Partei Frankreichs und übte Kritik am Regime von François Hollande, die sich oft nicht von der Mélenchons unterschied. Umgekehrt äußerte sich die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, deren Abstimmungsverhalten im Parlament insgesamt tadellos radikal war, wiederholt alarmiert über den wachsenden Zustrom von Flüchtlingen nach Italien. Eine weitere Geste, die praktisch allen Schattierungen des Populismus in Europa gemein ist, ist die Rebellion gegen die eklatante Beschlagnahme der Demokratie durch die Strukturen der Europäischen Union in Brüssel.

Nach dem Crash von 2008 waren die politischen Auswirkungen der populistischen Revolten in Europa jedoch ganze sieben Jahre lang recht bescheiden – nicht annähernd vergleichbar mit den Stürmen, die in den 1930er Jahren durch Europa und Amerika fegten. Die Lega Nord und die AfD blieben unter 5 Prozent der Stimmen stecken. Ukip, die Schwedendemokraten, die niederländische Freiheitspartei, die norwegische Fortschrittspartei und der Front National gewannen zwischen 10 und 18 Prozent der Wähler. All das waren Populismen der Rechten. Etwas mehr als ein Fünftel der aktiven Bevölkerung erreichten die Freiheitspartei in Österreich und die Dänische Volkspartei, ebenfalls auf der rechten Seite, sowie Podemos auf der linken Seite. Die beiden erfolgreichsten Populismen waren jüngere Kreationen der Linken, in Italien die Fünf-Sterne-Bewegung, die ein Viertel der Stimmen erhielt, in Griechenland Syriza mehr als ein Drittel.

Was das Ganze änderte, waren vier weitere Ereignisse. In Großbritannien ließ die regierende Konservative Partei sowohl unter internem Druck als auch unter der Drohung, Wähler an die Ukip zu verlieren, ein Referendum über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu, von dem ihre Führer annahmen, dass es einen relativ leichten Sieg für den Status quo bringen würde, da drei Viertel der Abgeordneten, die Gesamtheit der Hochfinanz und des Großkapitals, die obersten Ebenen der Gewerkschaftsbürokratie und die Massen der Intellektuellen und des kulturellen Establishments des Landes für eine weitere Mitgliedschaft waren. Zum allgemeinen Erstaunen stimmte eine klare Mehrheit der Bevölkerung für den Austritt aus Europa, mit einer deutlich höheren Wahlbeteiligung als bei Parlamentswahlen. Ausschlaggebend für das Ergebnis war die Revolte der am meisten verlassenen Regionen und Klassen des Landes gegen das überparteiliche neoliberale Establishment, das seit den 1990er Jahren ununterbrochen an der Macht war. Es war das erste Mal, dass eine populistische Rebellion zum Ausdruck einer politischen Mehrheit in einem kapitalistischen Land wurde und damit den Lauf seiner Geschichte veränderte. Es war eine Revolte, die von rechten Kräften orchestriert wurde: Ukip, dem traditionalistischen Flügel der Konservativen Partei und dem größten Teil der Boulevardpresse. Aber ihr Erfolg beruhte auf ihrer Mobilisierung breiter Teile der Bevölkerung, die in der Vergangenheit Bastionen der Gewerkschaftslinken gewesen waren.

Wenige Monate später folgte Trumps Triumph bei der US-Präsidentschaftswahl, für die er den Brexit als Generalprobe gefeiert hatte. Sein Wahlkampf, der sich offensichtlich von seiner Regierung unterscheidet, war in Ton und Inhalt durch und durch rechtspopulistisch – zum letzten Mal wurden die Töne in seiner Antrittsrede angeschlagen, in der er die politische Involution, die zunehmende Ungleichheit und den Verlust nationaler Souveränität mit der Feindseligkeit gegenüber der Einwanderung verband. Sein nationaler Sieg war in gewisser Weise zufällig: Hätten die Demokraten praktisch einen anderen Mainstream-Kandidaten gewählt, der weniger unbeliebt wäre als Hillary Clinton, wäre er wahrscheinlich besiegt worden. Da er deutlich unter der absoluten Mehrheit lag und weniger Stimmen als Clinton erhielt, erreichte Trumps Sieg nicht nur nicht die gleichen Ausmaße wie der Brexit, sondern hing auch für seinen Erfolg davon ab, dass er die reflexartige Parteiloyalität derjenigen ausnutzte, die bereit waren, für jeden Kandidaten zu stimmen, solange er Republikaner war, egal wie geschmacklos er sonst war. Doch Trumps Sieg wurde nicht mit einem einzigen Ja/Nein-Thema wie dem Brexit errungen, sondern mit einer breiten ideologisch-politischen Plattform, und seine Unterstützung unter den Wählern der Arbeiterklasse war möglicherweise höher als beim Brexit: Rund 70 Prozent der Wähler hatten keinen Hochschulabschluss. Dies war auch nicht der einzige populistische Ausbruch in Amerika in diesem Jahr, bei dem sich Bernie Sanders als furchterregender Herausforderer für die Nominierung der Demokraten von links erwies. Wenn wir diejenigen aus den weniger privilegierten Schichten zusammenrechnen, die bei der Präsidentschaftswahl für Trump gestimmt haben, und diejenigen, die bei den Vorwahlen der Demokraten für Sanders gestimmt haben, als anteiligen Prozentsatz derjenigen, die dies im November für Clinton getan haben, dann war etwa ein Drittel derjenigen, die 2016 gewählt haben, anfällig für einen Populismus der Rechten und ein Fünftel für einen Populismus der Linken.

Die nächste Überraschung war das Abschneiden der britischen Labour Party bei den Parlamentswahlen 2017 unter ihrem neuen Vorsitzenden Jeremy Corbyn, der bis dahin fast allgemein als hoffnungsloser, politisch inkompetenter linksextremer Verlierer abgetan wurde. Am Ende führte er einen sehr effektiven Wahlkampf unter dem populistischen Slogan «Für die Vielen, nicht für die Wenigen» und erhielt mehr Stimmen als seine Partei bei allen drei vorangegangenen Wahlen, was die Konservativen ihrer Mehrheit im

Parlament beraubte, und das auf einem Programm, das der neoliberalen Ordnung so explizit feindlich gesinnt war wie das jeder anderen Partei von vergleichbarem Gewicht in Europa. Die historische Tradition und der unveränderte Charakter des britischen Labourismus, die beide zutiefst konservativ sind, sind alles andere als populistisch. Aber ein großer Zustrom junger Menschen in die Partei, nachdem Corbyn ihr Vorsitzender geworden war und der sie eine Zeit lang zur zahlenmäßig größten politischen Organisation in Europa machte, war wie eine plötzliche, massive Injektion eines fremdartigen Stammes, der sie in eine Richtung zog, die unter anderen Bedingungen eine linkspopulistische Richtung gewesen wäre, nicht unähnlich der Transformation von Mélenchons eher traditionell sozialistischer Parti de Gauche, die er 2008 ins Leben rief, bis hin zur vollwertigen populistischen France Insoumise von 2016.

2018 wurde die bisher höchste Hürde in Italien genommen, wo zwei explizit populistische Parteien, die Fünf-Sterne-Bewegung auf der Linken und die Lega auf der Rechten, zusammen 50 Prozent der Stimmen erhielten – ein Erdbeben in Italien und das bisher mit Abstand alarmierendste Ergebnis für das europäische Establishment, da beide erklärten, sie hätten nicht die Absicht, das Land dem Diktat weiterer Sparmaßnahmen aus Berlin, Paris oder Brüssel zu unterwerfen. Bei den Wahlen in Italien war es auch das erste Mal, dass ein Populismus der Linken den Populismus der Rechten bei weitem übertraf: 33 Prozent für die M5S, 17 Prozent für die Lega. Überall sonst war es umgekehrt. In Frankreich übertraf Le Pen 2017 mehr Stimmen als Mélenchon. In Großbritannien unterlag Corbyn 2019 dem konservativen Demagogen Boris Johnson, der extravagante Verkörperung eines Simulakrums des Populismus der Rechten.

Der Grund, warum der Populismus der Rechten einen Vorteil gegenüber dem Populismus der Linken gewonnen hat, ist nicht schwer zu erkennen. In der neoliberalen Ordnung bilden Ungleichheit, Oligarchie und Faktormobilität ein miteinander verbundenes System. Populismen der Rechten und der Linken können auf unterschiedliche Weise die ersten beiden mit mehr oder weniger gleicher Hemmungslosigkeit angreifen. Aber nur die Rechten können die dritte mit noch größerer Vehemenz angreifen, wobei die Fremdenfeindlichkeit gegenüber Einwanderern als ihr Trumpf fungiert. Dort können Populismen der Linken nicht ohne moralischen Selbstmord folgen. Sie können das Problem der Einwanderung auch nicht leicht lösen, und zwar aus zwei Gründen. Es ist kein reiner Mythos, dass die Wirtschaft billige Arbeitskräfte aus dem Ausland importiert – das heißt, Arbeiter, die in der Regel nicht durch Bürgerrechte geschützt sind –, um die Löhne zu drücken und in einigen Fällen den einheimischen Arbeitern die Arbeitsplätze wegzunehmen, die jede Linke zu verteidigen versuchen muss. Es ist auch nicht so, dass in einer neoliberalen Gesellschaft die Wähler in der Regel entweder über die Ankunft oder das Ausmaß der Arbeitskräfte aus dem Ausland befragt wurden: Dies geschah praktisch immer hinter ihrem Rücken und wurde nicht *ex ante*, sondern *ex post facto* zu einer *politischen Frage*. Hier gibt es einen transatlantischen Unterschied. Die Negation der Demokratie, zu der die Struktur der Europäischen Union geworden ist, hat von Anfang an die Verweigerung jeglichen demokratischen Mitspracherechts bei der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung mit eingeschlossen. Die Verfassung der Vereinigten Staaten, die in vielerlei anderer Hinsicht bedauerlicherweise anachronistisch ist, ist nicht so radikal undemokratisch. Auch historisch gesehen sind die USA natürlich eine Einwanderungsgesellschaft, wie es kein europäisches Land je war. Das heißt, es gibt eine Tradition des selektiven Willkommens und der Solidarität für Neuankömmlinge, die es in Europa nicht annähernd so emotional gibt. Aber auf beiden Seiten des Atlantiks steht der Linkspopulismus vor der gleichen Schwierigkeit. Rechtspopulismen haben eine klare Position zur Einwanderung: Sie verriegeln die Tür für Ausländer und schmeißen diejenigen raus, die nicht hier sein sollten. Die Linke kann damit nichts zu tun haben. Aber was genau sieht ihre Einwanderungspolitik aus: offene Grenzen oder Qualifikationstests oder regionale Quoten oder was? Nirgends ist bisher eine politisch kohärente, empirisch detaillierte und ehrliche Antwort gegeben worden. Solange das so bleibt, ist es nur allzu wahrscheinlich, dass der Populismus der Rechten seinen Vorteil gegenüber dem Populismus der Linken behalten wird.

Das Problem ist in der Tat allgemeinerer Natur. Kein Populismus, weder rechts noch links, hat bisher ein wirksames Heilmittel für die von ihm angeprangerten Übel hervorgebracht. Programmatisch tapen die heutigen Gegner des Neoliberalismus größtenteils noch immer im Dunkeln. Wie kann Ungleichheit ernsthaft bekämpft – und nicht nur daran herumgebastelt – werden, ohne sofort einen Kapitalstreik

auszulösen? Welche Maßnahmen wären denkbar, um dem Feind auf diesem umkämpften Terrain Schlag auf Schlag zu begegnen und siegreich hervorzugehen? Welche Art der – mittlerweile unvermeidlich radikalen – Rekonstruktion der real existierenden liberalen Demokratie wäre erforderlich, um den von ihr hervorgebrachten Oligarchien ein Ende zu setzen? Wie lässt sich der tiefe Staat, der in jedem westlichen Land für imperiale Kriege – heimlich oder offen – organisiert ist, zerschlagen? Welche Umstellung der Wirtschaft zur Bekämpfung des Klimawandels, ohne die ohnehin schon armen Gesellschaften auf anderen Kontinenten noch weiter zu verarmen, stellt man sich vor? Dass so viele Pfeile im Köcher einer ernsthaften Opposition gegen den Status quo fehlen, ist natürlich nicht nur die Schuld der heutigen Populisten. Es spiegelt den intellektuellen Rückgang der Linken in ihrem langen Rückzug seit den 1970er Jahren wider und die Sterilität der einst originellen Denkrichtungen am Rande des Mainstreams. Es gibt Abhilfeschläge, die von Land zu Land variieren: Medicare für alle in den USA, garantiertes Bürgereinkommen in Italien, öffentliche Investitionsbanken in Großbritannien, Tobin-Steuern in Frankreich und dergleichen. Doch was eine allgemeine, ineinandergreifende Alternative zum Status quo angeht, dazu fehlen die Lösungen. Sollte derzeit eine populistische Partei oder Bewegung an die Macht kommen, müssen wir uns zur Abschätzung des wahrscheinlichen Ausgangs nur das Schicksal der Syriza in Griechenland auf der linken Seite ansehen – in der Opposition eine Rebellin gegen die Diktate der EU, im Amt ein unterwürfiges Instrument dieser – oder auf der rechten Seite die über Nacht erfolgte Standardisierung von Trumps erster Präsidentschaft, als er am Tag seiner Amtseinführung Feuer gegen die Selbstgefälligkeit und Ungleichheit des Establishments spuckte und im Weißen Haus nichts dagegen unternahm. Politisch gesehen ist der Neoliberalismus durch beides nicht wirklich gefährdet worden.

In diese Szenerie schlug das Covid-Virus 2020 wie ein Blitz ein und erzwang weltweite Lockdowns. Trump und Johnson, die ein Jahr zuvor noch auf Erfolgskurs waren, wurden von den Auswirkungen des Virus erschüttert. Trump wäre in diesem Jahr mit ziemlicher Sicherheit wiedergewählt worden, wenn seine Regierung nicht von der Pandemie getroffen worden wäre. Johnson wurde 2022 von seiner eigenen Partei abgesetzt. Unter der Schockwelle von Covid brach der internationale Handel ein, und innerhalb weniger Monate gingen weltweit 500 Millionen Arbeitsplätze verloren. In den Vereinigten Staaten brach der Aktienmarkt ein, und das Bruttoinlandsprodukt erlitt seinen stärksten Rückgang seit 1946; es schrumpfte 2020 um 3,5 Prozent. In Großbritannien sank das BIP um 10 Prozent, in der Europäischen Union um 6 Prozent. Als die globalen Lieferketten zusammenbrachen, begann in den OECD-Ländern die Inflation zu steigen und mit ihr die Arbeitslosigkeit. In dieser Notlage kam es im letzten Jahr von Trumps erster Regierung zu massiven fiskalischen Anreizen, um eine tiefere Rezession zu verhindern. Ab 2021, mit Biden im Weißen Haus, wurde eine noch größere staatliche Intervention zur Stabilisierung der amerikanischen Wirtschaft in Gang gesetzt: der sogenannte Inflationsreduktionsakt, der 750 Milliarden Dollar in die Wirtschaft pumpte, mit einem riesigen Paket staatlicher Subventionen, um neue Investitionen zu fördern, die Haushaltseinkommen zu stützen und den Energieverbrauch zu verändern; gefolgt vom Chips and Science Act von 2022, der weitere 280 Milliarden Dollar an öffentlichen Ausgaben in die Halbleiter- und verwandte Industrie des Landes flossen, zusammen mit einer Reihe protektionistischer Maßnahmen, die die Hightech-Konkurrenz aus China besiegen sollten. Dieses Programm wurde von Anhängern der Biden-Regierung stolz als 21. Jahrhundertversion von Roosevelts New Deal: Seine Rezepte sollten die amerikanische Industrie modernisieren, den Ärmsten helfen und die Streitkräfte des Landes für den Kampf gegen die Bedrohung durch den Aufstieg Chinas rüsten. Viele begrüßten seine umfassenden staatlichen Interventionen und die Hinwendung zu einer aktiven Industriepolitik als einen Bruch mit dem Neoliberalismus, vergleichbar und ebenso entschieden wie Roosevelts Bruch mit den paläoliberalen Doktrinen in den 1930er Jahren. Andere applaudierten Bidens Wiederbelebung der Politik des Kalten Krieges, Allianzen gegen tödliche Feinde im Ausland zu schmieden, sei es rund ums Schwarze Meer, im Nahen oder Fernen Osten, ganz im Sinne Trumans in den 1940er und 1950er Jahren.

Die allgemeine Meinung, nicht nur in Amerika, sondern auch und oft sogar noch mehr in Europa, begrüßte die Ergebnisse dieses Wandels als kaum weniger als ein Wunder. Das einflussreichste und intelligenteste Massenblatt der kapitalistischen Welt, das zeitweise als halboffizieller Berater der kapitalistischen Welt fungierte, das Londoner Magazin *Economist*, feierte die amerikanische Wirtschaft in einem Sonderbericht

im vergangenen Oktober als «den Neid der Welt», deren Dynamik nach der Pandemie «andere reiche Länder in den Schatten gestellt» habe. Kommentatoren in den USA selbst lobten Bidens Fähigkeit, die Inflation zu bekämpfen, die Fürsorgemaßnahmen seiner Regierung für die weniger Wohlhabenden und ihre fortschrittliche interethnische Politik der «Vielfalt, Gleichheit und Einbeziehung». Sowohl in Europa als auch in Amerika gab es Beifall für die Entschlossenheit, mit der die Regierung an der Seite Israels in Gaza und in der Ukraine steht. Leider waren die amerikanischen Wähler weniger beeindruckt. Im Sommer letzten Jahres war Biden so diskreditiert, dass seine eigene Partei ihn zwang, seine Kandidatur für die Wiederwahl aufzugeben, ähnlich wie die Konservativen Johnson in Großbritannien aus dem Amt gedrängt hatten, so dass Kamala Harris, seine glücklose Vizepräsidentin, im November von Trump geschlagen wurde, der eine größere Mehrheit als 2016 errang.

Was Trumps zweite Präsidentschaft für Amerika und die Welt bedeuten wird, bleibt angesichts der seit langem bestehenden Kluft zwischen seinen Worten und seinen Taten ungewiss. Im eigenen Land wird er seine Wahlversprechen, Zölle in Höhe von 60 Prozent auf alle Waren aus China zu erheben und alle elf Millionen illegalen Einwanderer in den Vereinigten Staaten zu deportieren, wohl ebenso wenig einhalten wie sein letztes Versprechen, Amerikas marode Infrastruktur wiederaufzubauen und eine unüberwindbare Mauer entlang der gesamten mexikanischen Grenze zu errichten. Da die Republikaner jedoch beide Häuser des Kongresses für mindestens zwei Jahre kontrollieren, ist es wahrscheinlicher, dass er einige seiner Versprechen einlöst, als dass er sie alle über Bord wirft, und dass er in Handelsfragen sowohl Verbündete als auch Gegner dazu zwingt, Amerika mehr Geld zu zahlen als in der Vergangenheit. Im Ausland könnte er den Krieg in der Ukraine beenden, indem er die Hilfe für Kiew einstellt, oder er könnte ihn eskalieren lassen, wenn Russland die Bedingungen ablehnt, mit denen er die Kämpfe zu beenden hofft. Er glaubt an den Vorteil, unberechenbar zu sein, und sicherlich sind die Europäische Union, Großbritannien und Japan, auch wenn sie nicht mögen, was er tut, als untergeordnete Partner zu schwach, um ihn davon abzubringen.

Die deutsche Regierung - die stärkste Macht in Europa - brach am Tag nach Trumps Wahl zusammen, als Scholz seinen Finanzminister entließ und die dritte Partei verlor, von der seine Koalition abhing. Ein solches Ereignis hatte es in der Bundesrepublik noch nie gegeben. Bei den Neuwahlen verdoppelte sich der Stimmenanteil der AfD auf ein Fünftel der Wählerschaft, was zu einer weiteren Koalition des Establishments führte, die sich beeilte, höhere Verteidigungsausgaben in einem Bundestag durchzusetzen, den die Wähler soeben abgelehnt haben - ein weiterer Beweis dafür, wie wenig sich die europäischen Eliten um die Demokratie scheren, die sie lautstark verkünden. In Frankreich brach die Regierung, die Macron nach seiner Wahlniederlage im letzten Sommer eingesetzt hatte, innerhalb weniger Monate zusammen. Sie wurde von einer Kombination aus rechter und linker Opposition in der Nationalversammlung in einer Revolte gestürzt, wie sie das Land nur einmal vor mehr als sechzig Jahren erlebt hat. Nur wenige glauben, dass die prekäre Nachfolgeregierung, die sich auf eine widerwillige Kooptation der Sozialistischen Partei stützt, sehr lange Bestand haben wird. Kurz gesagt, Trumps Version des Rechtspopulismus, die von der Hälfte des Landes als tödliche Bedrohung für die Demokratie verabscheut wird, hat in Washington zu einem Zeitpunkt die Macht übernommen, an dem in Berlin und Paris ein institutionelles Chaos herrscht und in London eine Regierung an der Macht ist, die noch unbeliebter ist als die diskreditierte Opposition, die sie noch vor kurzem ausgeschaltet hat. Überall herrschen Instabilität, Unsicherheit und Unberechenbarkeit vor. Alles ist «Unordnung unter dem Himmel», und es gibt kaum Anzeichen für eine Rückkehr zur Ordnung, wie sie von den Verantwortlichen verstanden wird.

Wo steht der Neoliberalismus inmitten dieser Turbulenzen? In einer Notsituation war er gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen - interventionistische, staatsfeindliche und protektionistische -, die seiner Doktrin zuwiderlaufen, ohne jedoch seinen Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger zu verlieren oder einer kohärenten alternativen Vision der Art und Weise, wie eine fortgeschrittene kapitalistische Wirtschaft geführt werden sollte, Platz zu machen. Trotz der dramatischen Abweichungen von der reinen Milch der Hayek'schen oder Friedman'schen Rezepte hat sich an den zugrunde liegenden Triebkräften und Widersprüchen des von ihr geschaffenen Systems wenig geändert. Während das US-BIP während der Großen Rezession nach dem Crash von 2008 um etwa 4,3 Prozent sank und zwei Drittel der arbeitenden Bevölkerung

in der OECD stagnierende oder sinkende Realeinkommen hinnehmen mussten, hat das Gesamtwachstum wieder zugenommen, wenn auch auf einem Niveau, das immer noch weit unter dem in China behaupteten liegt, während die Ungleichheit weiter zugenommen hat. In den Vereinigten Staaten ist die Kluft zwischen den Ausgaben der reichsten und der ärmsten Bevölkerungsschichten so groß wie nie zuvor. Vor allem aber wurde das, was die Krise von 2008 ausgelöst hat, durch mehr vom Gleichen wiedergutmacht. Der fettleibige Anteil der Finanzen am amerikanischen BIP ist nicht gesunken, sondern gestiegen. Das Defizit der amerikanischen Regierung hat sich im letzten Jahrzehnt verdreifacht. Im gleichen Zeitraum ist die Staatsverschuldung in den Vereinigten Staaten um 17 Billionen Dollar gestiegen, ein Anstieg, der dem der letzten 240 Jahre entspricht. In der OECD insgesamt hat sich die gesamte Staatsverschuldung, die 2008 bei 26 Billionen Dollar lag, mehr als verdoppelt und wird bis 2024 auf 56 Billionen Dollar ansteigen. Ein internationales System, das vor einem Jahrzehnt in der von ihm geschaffenen Schuldenflut kenterte und fast ertrank, wird nun von einer noch größeren Schuldenflut überschwemmt, und ein Ende ist nicht in Sicht.

Also Erleben wir endlich einen Regimewechsel im Westen, der sich in diesem Jahrhundert schon oft angekündigt hat? Das ist die Botschaft des jüngsten Bestsellers eines bedeutenden, Biden wohlgesonnenen amerikanischen Historikers: «*The Rise and Fall of the Neoliberal Order: America and the World in the Free Market Era*» von Gary Gerstle. Gerstle weist darauf hin, dass Sanders und Trump Hillary Clintons Verkörperung des Neoliberalismus aus unterschiedlichen Richtungen so wirkungsvolle Schläge versetzt haben, dass unter Biden der Weg frei wurde für eine Veränderung des Gleichgewichts zwischen Arm und Reich in der amerikanischen Gesellschaft und dafür, dass die Vorteile staatlich gelenkter Industriepolitik für Millionen sichtbar wurden.³⁾ Er räumt zwar ein, dass «Überbleibsel der neoliberalen Ordnung uns noch Jahre und vielleicht Jahrzehnte begleiten werden», schließt jedoch mit der entschiedenen Feststellung, dass «die neoliberale Ordnung selbst zerbrochen ist». Eine in mancher Hinsicht noch härtere Anklage gegen die sozio-ökonomische Bilanz seit Reagan kommt von einem ehemaligen Bewunderer des Gipfer [Anm. oder anders.ch: *Ronald Reagan*], dem indisch-amerikanischen Bankier Ruchir Sharma, ehemals Chefstrategie für globale Angelegenheiten bei Morgan Stanley, in *Was mit dem Kapitalismus schiefgelaufen ist*.⁴⁾ Sein Leitmotiv lautet, dass «die periodischen Finanzkrisen – die 2001, 2008 und 2020 ausbrachen – sich nun vor dem Hintergrund einer permanenten, alltäglichen Krise kolossaler Kapitalfehlallokation entfalten». Diese Fehlallokation ist das Ergebnis enormer Infusionen billigen Geldes, das die Zentralbanken den entwickelten Volkswirtschaften zuführen, um deren stetig sinkende Wachstumsraten zu stützen. Solche staatlich verteilten Geldströme sind die ultimative, alles überragende Wahrheit dieser Zeit. Früher oder später, warnt Sharma, wird es zwangsläufig zu einem folgenschweren Schock für das System kommen. Welche Abhilfe könnte das bringen? Sharmas Antwort: Rückkehr zu einem kleineren Staat und knapperem Geld, das klassische Rezept von Mises und Hayek – Neoliberalismus in Reinkultur.

Solche gegensätzlichen Urteile sind an sich nichts Neues. Eric Hobsbawm verkündete bereits 1998 den «Tod des Neoliberalismus». Zwölf Jahre später gelangte Colin Crouch, der dem System als solchem nicht weniger ablehnend gegenüberstand, zum gegenteiligen Schluss und betitelte sein Buch über dessen Missgeschicke mit «*Der seltsame Nicht-Tod des Neoliberalismus*». Dieses Urteil bekräftigte er vor einem Jahr in einem Text mit der Überschrift «Der Neoliberalismus: Er muss seine sterbliche Hülle noch immer abschütteln». Dies waren die Schlussfolgerungen eines erklärten Feindes der neoliberalen Ordnung. Ein überzeugter Vertreter dieser Ordnung, Jason Furman – Sonderberater von Bill Clinton, Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats unter Obama und Bewunderer des Walmart-Managementmodells – ist derselben Meinung. In einem Leitartikel in *Foreign Affairs* mit dem Titel «Der postneoliberale Wahn» liefert er eine energische Antwort auf Denker wie Gerstle und führt den Verlust des Weißen Hauses durch die Demokraten auf die Torheit zurück, die orthodoxe Wirtschaftsdisziplin mit riesigen, inkontinenten Ausgabenprogrammen aufgeben zu haben, die ihre Ziele nicht erreichten. Furman legt die Kosten und Erträge von Bidens Amtszeit mit einer Fülle belastender Details dar und berichtet: «Inflation, Arbeitslosigkeit, Zinsen und Staatsverschuldung waren 2024 allesamt höher als 2019. Von 2019 bis 2023 sanken die inflationsbereinigten Haushaltseinkommen, und die Armutsquote stieg.» «Trotz der Bemühungen, den Kinderfreibetrag und den Mindestlohn zu erhöhen», fährt er fort, «waren beide inflationsbereinigt deutlich niedriger, als Biden sein Amt niederlegte, als er es antrat. Trotz aller Betonung der amerikanischen Arbeitnehmer war Biden der erste

demokratische Präsident seit einem Jahrhundert, der das soziale Sicherheitsnetz nicht dauerhaft ausbaute.» Fazit: «Die politischen Entscheidungsträger sollten nie wieder die Grundlagen ignorieren, um phantasiervolle, heterodoxe Lösungen zu finden.» Was einst als neoliberale Orthodoxie verschmäht wurde, ist lebendig und gesund und bietet den einzigen Weg nach vorn.

Wird ein internationales Regime zu Boden geworfen oder entsteht es wie Lazarus neu? Die Pattsituation in solchen Expertenurteilen findet ihr Pendant in der politischen Landschaft. Der Konflikt zwischen Neoliberalismus und Populismus, den Gegnern, die sich seit der Jahrhundertwende im Westen gegenüberstehen, hat, wie die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, stetig an Brisanz gewonnen – auch wenn der Neoliberalismus trotz aller offensichtlichen Kompromisse und Rückschläge die Oberhand behält. Neoliberalismus hat nur überlebt, indem er das reproduziert hat, was ihn zu Fall zu bringen droht, während Populismus an Stärke gewonnen hat, ohne eine sinnvolle Strategie zu entwickeln. Die politische Sackgasse zwischen Neoliberalismus und Populismus ist noch nicht vorbei; wie lange sie anhalten wird, ist ungewiss.

Heißt das, dass keine ernsthaften Veränderungen der bestehenden Produktionsweise zu erwarten sind, solange sich kein kohärentes Bündel wirtschaftlicher und politischer Ideen, vergleichbar mit den keynesianischen oder hayekschen Paradigmen der Vergangenheit, als alternative Form der Führung heutiger Gesellschaften herausgebildet hat? Nicht unbedingt. Außerhalb der Kernzonen des Kapitalismus ereigneten sich mindestens zwei einschneidende Veränderungen, ohne dass eine systematische Doktrin sie im Voraus vorhergesehen oder vorgeschlagen hätte. Eine davon war der Wandel Brasiliens mit der Revolution, die Getúlio Vargas 1930 an die Macht brachte. Damals brachen die Kaffeeexporte, auf die die brasilianische Wirtschaft angewiesen war, in der Wirtschaftskrise ein, und man versuchte, durch Importsubstitution eine Erholung herbeizuführen, ohne dass man sich im Vorfeld dafür eingesetzt hätte. Der andere, noch weitreichendere Fall war die Transformation der Planwirtschaft in China nach Maos Tod in der Reformära unter Deng Xiaoping. Sie führte zur Einführung des Systems der Eigenverantwortung in der Landwirtschaft und zur Auslösung des spektakulärsten und nachhaltigsten Wirtschaftswachstums der Geschichte durch Gemeinde- und Dorfunternehmen – auch dies geschah improvisiert und experimentell, ohne jegliche vorgefertigte Theorien. Sind solche Fälle zu exotisch, um auf das Kernland des fortgeschrittenen Kapitalismus zu schließen? Möglich wurden sie durch das Ausmaß des Schocks und die Tiefe der Krise, die jede Gesellschaft erlitten hatte: die Wirtschaftskrise in Brasilien, die Kulturrevolution in China – tropische und orientalische Entsprechungen der Erschütterungen des westlichen Selbstbewusstseins im Zweiten Weltkrieg. Sollte im Westen jemals der Unglaube an die Möglichkeit einer Alternative schwinden, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass ein vergleichbarer Anlass dies bewirken wird.

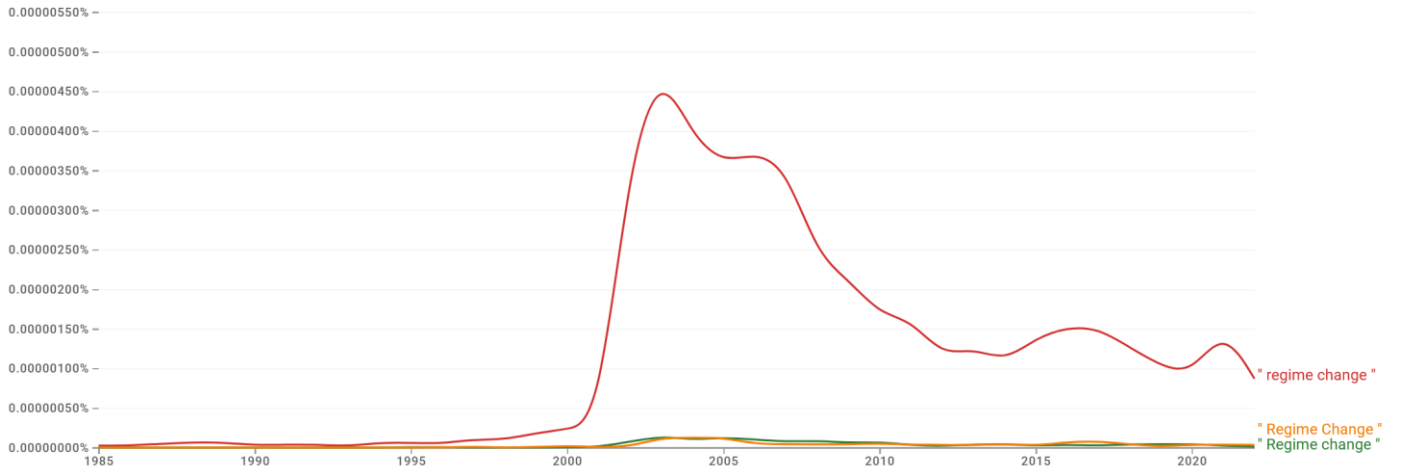
- 1) Nye wurde Vorsitzender des Nationalen Geheimdienststrats und stellvertretender Verteidigungsminister in der Clinton-Regierung.
- 2) Forsyth und Notermans waren darauf bedacht, am Ende ihrer Ausführungen zu betonen, dass sie keine kausalen Erklärungen für die sukzessiven systemischen Veränderungen anboten, von denen sie berichteten. Notermans, der produktivere der beiden, wurde später zu einem bemerkenswerten Kritiker des Neoliberalismus – ein Begriff, der erst in diesem Jahrhundert allgemeine Verbreitung fand – vom Standpunkt einer kühl realistischen Sozialdemokratie aus und lieferte *unter anderem* die beste Analyse des Einheitssteuer-Wirtschaftsmodells in dem Land, in das er übersiedelte: «Eine unangreifbare Festung? Neoliberalismus in Estland» in *Localities* (2015).
- 3) Oxford, 432 pp., £14.99, September 2023, 978 0 19 767631 8.
- 4) Allen Lane, 384 pp., £25, June 2024, 978 0 241 59576 3.

Google Ngram-Ergebnisse

[Link](#) für den Begriff «regime change» in englischen Büchern von 1985 bis 2022:

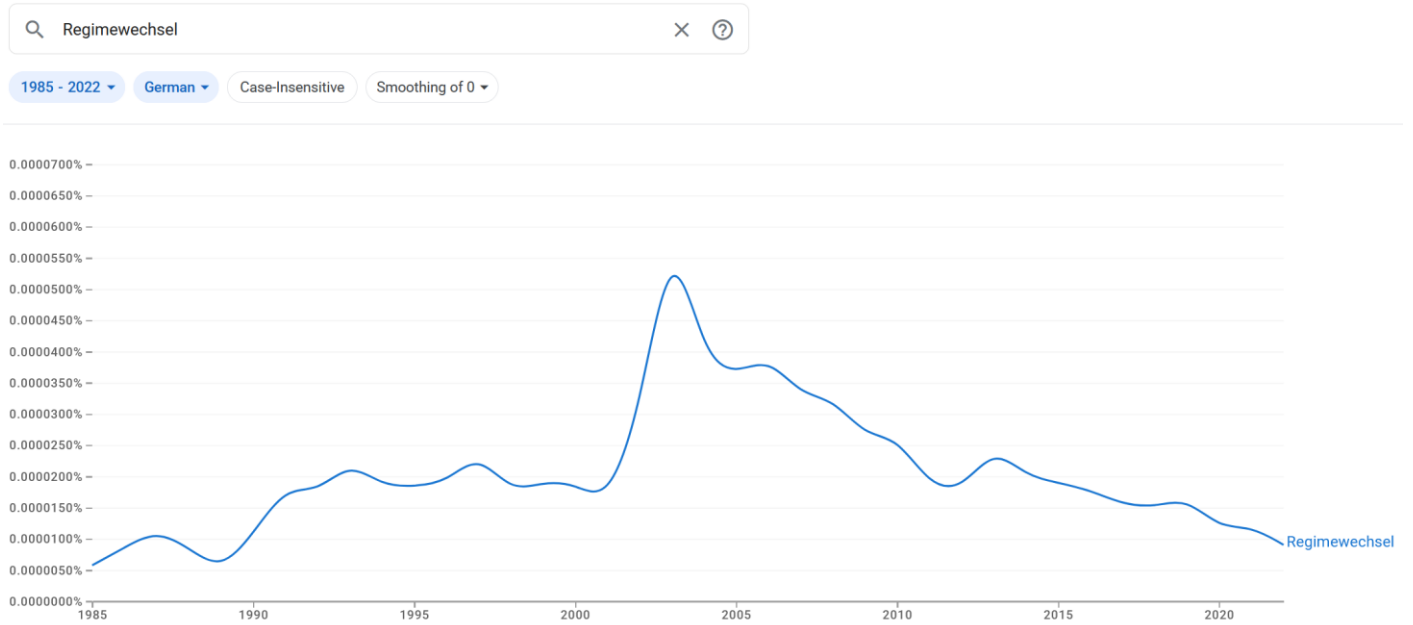
Q "regime change" X ?

1985 - 2022 English Case-Insensitive Smoothing of 0



[Link](#) für den Begriff «Regimewechsel» in deutschen Büchern von 1985 bis 2022:

Google Books Ngram Viewer



Oben erkennbar ist, dass der Begriff in deutschen Büchern bereits vor 1985 vorkam. Hier der [Link](#) für den Begriff «Regimewechsel» in deutschen Büchern von 1900 bis 2022:

Google Books Ngram Viewer

